

Sebastian Braun

Bürgerschaftliches Engagement – Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte

I. Einleitung

Auf die Rückkehr des Bürgers in die Politik verweist die aktuelle politische Debatte. Die neuen Zauberworte lauten „zivilgesellschaftliches“, „gemeinwohlorientiertes“, „freiwilliges“ und insbesondere „bürgerschaftliches Engagement“, das zum Leitbegriff der Diskussion avanciert. Kaum ein Tag, an dem man nichts über das Engagement „jenseits“ der Erwerbsarbeit, des im engeren Sinne staatlichen Verwaltungshandelns und der Privatsphäre lesen kann; über jenes Engagement, das in Politik, Sport, Kultur, Umwelt, Kirchen und Religionsgemeinschaften ebenso erbracht wird wie im Gesundheits-, Bildungs-, Rechts- und Rettungswesen, in der Jugendarbeit oder auch der Ökonomie. Wurde es lange Zeit eher stiefmütterlich behandelt und unter dem Begriff des „Ehrenamts“ als überholt abgetan, hat es zurzeit eine solche politische Attraktivität gewonnen, dass es die Regierungschefs der „Neuen Mitte“ zur „Chefsache“ erklärten: Während Tony Blair über die „neuen Gebenden“ in Großbritannien räsonierte (The Guardian, 1.3.2000), rückte Gerhard Schröder (2000) das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland unter dem tautologischen Titel die „zivile Bürgergesellschaft“ ins Zentrum des öffentlichen Interesses. Auch der Deutsche Bundestag verleiht dem Thema Priorität auf der politischen Agenda: Einstimmig setzte er Ende 1999 die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ ein. Den seltenen parteiübergreifenden Common Sense brachte Die Zeit (16.3.2000) auf den Punkt: „Freiwillige vor!“ überschrieb sie ihren Leitartikel zum „neuen Gemeinsinn“ in Deutschland.

Die Hochkonjunktur bürgerschaftlichen Engagements wirft zahlreiche Fragen auf, von denen ich mit Blick auf die hiesige Debatte fünf im Überblick diskutieren werde: (1) Was macht dieses Thema gesellschaftspolitisch so spannend? (2) Vor welchem gesellschaftstheoretischen Hintergrund wird diskutiert? (3) Welche Erscheinungsformen bürgerschaftlichen Engagements gibt es? (4) Welche Ergebnisse liefert die empirische Forschung? (5) Welche Prognosen lassen sich aus der laufenden Debatte für die weitere Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland herleiten?

II. Bürgerschaftliches Engagement in der gesellschaftspolitischen Debatte

Zwei Pole markieren das Spannungsfeld der gesellschaftspolitischen Debatte: Auf der einen Seite stehen die „Skeptiker“, die in der Begeisterung für bürgerschaftliches Engagement eine politische „Allzweckwaffe“ zur Kompensation von Ausfallerscheinungen in Staat und Wirtschaft sehen, „da sich im internationalen Kontext gezeigt hat, daß weder Staat noch Markt in der Lage sind, die Krisenphänomene der Industriemoderne, angefangen bei den Problemen des Wohlfahrtsstaates bis hin zu denjenigen der Arbeitsgesellschaft, in Griff zu bekommen“ (Zimmer/Nährlich 2000b, S. 9). Auf der anderen Seite befinden sich die „Optimisten“, die im Rahmen breit angelegter Reformen einen „Akt der Neubegründung und der Wiederaneignung der Demokratie und des Sozialen“ (Dettling 1998, S. 23) anstreben, der sich im Aufblühen der „Zivil-“ bzw. „Bürgergesellschaft“ manifestieren soll (vgl. Schmals/Heinelt 1997; detailliert Klein 1999).

Damit sind bereits die drei großen, zumeist als Krisen behandelten Themen angesprochen, die im Zentrum der aus einem Gemisch von Altbekanntem, modifizierten Erkenntnisinteressen und neuen politischen Konstellationen gespeisten Debatte stehen: die „Krise des Sozialstaats“, die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und die „Krise der Demokratie als Partizipationsgemeinschaft“. Im Folgenden werde ich entlang dieser Dreiteilung einen Überblick über die laufende Debatte geben.

Bürgerschaftliches Engagement und die „Krise des Sozialstaats“

Die Debatte über die „Krise des Sozialstaats“ begann in der Bundesrepublik Mitte der 70-er Jahre. Unter dem Eindruck der ersten Ölkrise, die zu einer weltweiten Wirtschaftsflaute und steigenden Arbeitslosenzahlen führte, und des Berichts des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ (Meadows 1972) wurde nicht nur das Ende des seit dem Zweiten Weltkrieg anhaltenden Wirtschaftswachstums thematisiert, sondern auch das sozialdemokratische Modell vom „Staat als Hüter und Wächter des Gemeinwohls“ (Naschold 1993) in Frage gestellt. Dieses Modell basierte auf der dynamischen Beziehung von vier Sektoren mit je spezifischen Handlungsbereichen und -logiken: einem steuerungsfähigen (*national-staatlichen Sektor*), der mittels hierarchischer Koordination die Produktion öffentlicher Güter dauerhaft organisiert und der Handlungslogik des Rechts als gleiches Recht für alle zum allgemeinen Nutzen folgt; einem *marktwirtschaftlichen Sektor*, der nicht nur den preisvermittelten Tausch von Angebot und Nachfrage koordiniert und der Handlungslogik der Gewinnmaximierung zum individuellen Nutzen folgt, sondern auch den Unternehmen Handlungssicherheit garantiert und ihre Produktivität kontinuierlich steigert; einem *staatlich regulierten Sozialsektor*, der die sozialen Folgen der rasanten Wirtschaftsdynamik individuell abfedert und eine Synthese aus

den sektoralen Handlungslogiken anstrebt, um allen Staatsbürgern die zivilen, politischen und sozialen Bürgerrechte zu gewähren (vgl. dazu Marshall 1992) und zugleich „Massenloyalität“ gegenüber dem herrschenden System zu erzeugen (vgl. dazu Narr/Offe 1975); und schließlich dem *informellen Sektor*, in erster Linie den Familien, der individuelle Bedürfnisse nach affektiver Zuwendung und wechselseitiger Unterstützung befriedigt und der Handlungslogik der selbstlosen Liebe folgt.

In diesem „wohlfahrtsstaatlichen Arrangement“ (Kaufmann 1997) hatte die „aktive Bürgerschaft“ untergeordnete Bedeutung: Nicht hohe Beteiligungsquoten und die „Inputs“ der Bürger, sondern das staatliche Leistungsniveau und die „Outputs“ des politisch-administrativen Systems galten als Maßstab für die Funktionstüchtigkeit des Gemeinwesens. Dieses Modell wurde sowohl von „liberal-konservativer“ als auch „links-alternativer“ Seite angegriffen: Erstere machten die staatliche „Hyperaktivität“ für die Lähmung von Eigeninitiative und Unternehmergeist verantwortlich und betonten die Bedeutung von Wettbewerb und Konkurrenz, um kollektive Wohlfahrt zu garantieren und die „Anspruchsexplosion“ an sozialstaatliche Leistungen zu bändigen. Auf der anderen Seite wurde insbesondere im Umfeld der Selbsthilfebewegung die zunehmende Verrechtlichung, Bürokratisierung und Professionalisierung sozialer Dienste kritisiert und der Staat von seiner Rolle als Bürge für eine gerechte Gesellschaft in die des Problemproduzenten gedrängt, da er die Bürger in ihren Fähigkeiten zu Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe entmündige (vgl. dazu z.B. Badura/von Ferber 1981; Olk/Otto 1985; Blanke et al. 1986a). Forderungen nach Entstaatlichung, Privatisierung, Subsidiarität und Wiederbelebung des Assoziationswesens von eher liberal-konservativer Seite berührten sich mit der Wiederentdeckung der Vorzüge von „intermediären Assoziationen“, sozialem Pluralismus und antiinstitutionellen sozialen Bewegungen auf links-alternativer Seite.

Vor diesem Hintergrund werden in der aktuellen Debatte um das bürgerschaftliche Engagement „politische Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung des bundesdeutschen Sozialstaats“ weitergeführt (Blanke/Schridde 1999, S. 8), die sich auf die grundlegenden Veränderungen und neueren Strategien zur Modernisierung der sozialstaatlichen Sicherungssysteme konzentrieren. Derzeit reüssieren dabei marktliberale Vorschläge, die von der Modernisierung des Managements nach privatwirtschaftlichen Mustern über die Einführung von Wettbewerbsmechanismen bis hin zur Privatisierung sozialstaatlicher Leistungen reichen. Zwar herrscht alles andere als Einigkeit zwischen Befürwortern und Gegnern von Privatisierungs- und Deregulierungsstrategien. In einem Punkt ist ihre Argumentationsbasis aber ähnlich: Markt, Staat und der einzelne Bürger werden zumeist isoliert betrachtet, während gemeinschaftliche Bezüge und gesellschaftliche Assoziations- und Solidarformen – mit Ausnahme der Familie – randständige Bedeutung haben. Genau in diese Lücke stoßen die Kritiker der auf die Pole „Staat versus Markt“ konzentrierten Reformdebatte: „Unterhalb der Oberfläche allfälliger Abbau-, Privatisie-

rungs- und Deregulierungsstrategien wohlfahrtsstaatlicher Leistungen zeichnet sich in sämtlichen westlichen Ländern eine grundsätzliche Neuordnung institutioneller Arrangements wohlfahrtsstaatlicher Systeme ab, die auf eine Pluralisierung von Institutionen und Akteuren der Wohlfahrtsproduktion jenseits von Markt und Staat sowie auf eine Stärkung von Gemeinsinn, bürgerschaftlicher Mitwirkung und Selbsthilfe hinauslaufen“ (Evers/Olk 1996, S. 10). Wohlfahrtsrelevante Güter und Kostenvorteile, die durch unbezahlte (Laien-)Tätigkeiten in Privathaushalten und Drittem Sektor entstehen, werden mittlerweile quer durch das Parteienspektrum wiederentdeckt.

Diese Akzentverlagerung begründet auch die Popularität von Ansätzen, die seit längerem unter Begriffen wie „welfare-mix“, „Wohlfahrtspluralismus“, „gemischte Ökonomie der Wohlfahrt“ oder „gemischte Wohlfahrtsproduktion“ diskutiert werden – Ansätze, die vor allem den Unterschied zur *Sozialstaatlichkeit* hervorheben (vgl. z.B. Evers/Wintersberger 1990; Kaufmann 1994, 1997): Der Bürger wird nicht nur als Klient und Konsument, sondern mit seinem alltäglichen Engagement als wichtige Säule im gesellschaftlichen Bedarfsausgleichssystem betrachtet. Der Staat gilt zwar weiterhin als maßgeblicher Träger sozialer Dienste und Einrichtungen, da Selbstorganisation und Selbsthilfe die Leistungen professionalisierter und bürokratisierter sozialer Sicherung nicht ersetzen könnten. Ihm werden aber vor allem „strategiebildende, regulative, gewährleistende und moderierende Aufgaben“ zugesprochen (Evers/Olk 1996, S. 40). Korrespondierend dazu wird das Leitbild vom „ermöglichenden“, „ermunternden“ und insbesondere „aktivierenden Staat“ („enabling state“; Gilbert/Gilbert 1989) propagiert, das eine neue Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft und mehr Bürgerorientierung vorsieht (vgl. z.B. Blanke/Bandemer 1994; Blanke/Schridde 1999).¹ Während Staat und Verwaltung bisher die Gewährleistungs-, Finanzierungs- und Vollzugsverantwortung bei der Herstellung öffentlicher Güter und wohlfahrtsstaatlicher Leistungen innehatten, sollen sie sich nun auf die Gewährleistungsfunktion beschränken, die Vollzugs- und Finanzierungsverantwortung (zumindest teilweise) an freie Träger oder Bürger abtreten und damit zugleich „Gelegenheitsstrukturen“ für bürgerschaftliches Engagement schaffen. Der Anschluss an Konzepte zur Modernisierung von Staat und Verwaltung („New Public Management“) ist offensichtlich (vgl. z.B. Reichard/Wollmann 1996; Blanke 1998).

Bürgerschaftliches Engagement und die „Krise der Arbeitsgesellschaft“

Während in der sozialpolitischen Reformdebatte an eine rund 200 Jahre alte Tradition des Ehrenamts und des freiwilligen sozialen Engagements in Deutschland angeknüpft wird (vgl. im Überblick Sachße 2000), scheint das bürgerschaftliche

¹ Vgl. auch die Koalitionsvereinbarung vom 20.10.1998 und den Kabinettsbeschluss vom 1.12.1999.

Engagement in der Diskussion um die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ eine „plötzliche und unerwartete Aufmerksamkeit“ (Jakob 2000, i.Dr.) zu erfahren. Ansätze, die hier im Mittelpunkt stehen, sind das Modell der „Bürgerarbeit“ von Beck (1997, 1999) und die Vision einer „Tätigkeitsgesellschaft“ von Mutz (1997) sowie – mit Abstrichen – das im Bericht an den Club of Rome entworfene „Mehrschichtenmodell produktiver Arbeit“ mit „nichtmonetarisierten Werten“ (Giriani/Liedtke 1998) und Rifikins (1997) „neuer Gesellschaftsvertrag“, in dem gemeinnützige Tätigkeiten eine zentrale Rolle spielen.² Zwar setzen die Vertreter der einzelnen Ansätze unterschiedliche Akzente. Übereinstimmend gehen sie aber von einem grundlegenden Wandel der Arbeitsgesellschaft aus und betonen, dass Arbeit ihre gesellschaftliche Integrationsfunktion nur dann beibehalten könne, wenn Tätigkeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit aufgewertet würden. Kritisiert wird die normative Hierarchie in der Bewertung von Arbeitsformen, die sich im 19. Jahrhundert mit der Verallgemeinerung von Lohnarbeit ausbildete und den Arbeitsbegriff weitgehend synonym für wertschöpfende Erwerbsarbeit setzt, während bürgerschaftliches Engagement oder Aufgaben in der informellen Sphäre (Familie, Lebensgemeinschaften, Nachbarschaft) kaum mehr als Arbeit gelten. Gefordert wird deshalb ein kultureller Wandel im Verständnis von Arbeit und eine flexiblere, den Lebenslagen und -interessen angepasste Gestaltung des Erwerbssystems, das die bislang als abweichend geltenden Tätigkeiten einbezieht.

Mit dieser Argumentation setzen die Protagonisten der laufenden Debatte – mehr oder weniger implizit – eine seit Ende der 70-er Jahre geführte Diskussion fort, die Dahrendorf (1983), Offe (1984) u.a. seinerzeit in der provokanten Frage zuspitzten, ob der Arbeitsgesellschaft die Erwerbsarbeit ausgehe. Während in den Nachkriegsjahrzehnten, der Blütezeit des Fordismus, das Zusammenspiel von keynesianischer Wirtschaftspolitik, sozialer Umverteilung, Ausbau des Sozialstaats und Entwicklung der industriellen Beziehungen das Ziel der „Vollbeschäftigung“ in greifbare Nähe rückte, und sich unter diesen Rahmenbedingungen das „Normalarbeitsverhältnis“ (eine unbefristete, sozialversicherungspflichtige und tariflich gebundene Vollzeitwerbstätigkeit) als „sozialpolitisches Leitbild, praktischer Orientierungsrahmen am Arbeitsmarkt und empirisch vorherrschende Beschäftigungsform“ ausbildete (Dambois 1999, S. 14), entpuppte sich diese Vorstellung bereits seit Mitte der 70-er Jahre als ein „kurze(r) Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz 1984). Denn seit der ersten Ölkrise ist es nicht mehr gelungen, den rezessionsbedingten Anstieg von Arbeitslosigkeit im folgenden Wirtschaftsaufschwung wieder auf das Ausgangsniveau zurückzuführen, womit sich Arbeitslosigkeit den

2 Zwei Diskussionslinien werde ich hier nicht verfolgen: Zum einen das Thema „bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen“; zum anderen sozial-ökonomische Untersuchungen wie z.B. die „Strategie flexibler Arbeitsmarktübergänge“ von Schmid (1994) oder das „Johns Hopkins Nonprofit Sector-Project“, das dem Dritten Sektor in Deutschland nicht nur ein hohes Wachstum an Arbeitsplätzen attestiert, sondern sich auch mit Fragen der gesellschaftlichen Wertschöpfung durch unbezahlte Tätigkeiten befasst (vgl. z.B. Anheier et al. 1997).

Wellenbewegungen von Konjunktur und Rezession entzog. Damit begann das Normalarbeitsverhältnis, noch heute Kern sozialer Schutzregelungen im Arbeits- und Sozialrecht, zu erodieren. Parallel dazu expandierte die „Schattenwirtschaft“, die sich dem offiziellen Wirtschaftskreislauf entzieht; sie reicht von der Selbstversorgungswirtschaft in Privathaushalten – Hausarbeit, Nachbarschaftshilfe, Schwarzarbeit – bis hin zur privaten Selbstorganisation in Selbsthilfegruppen oder Bürgerinitiativen (vgl. bereits Gretschmann et al. 1984; aktuell Hilpert et al. 2000).

Vor diesem Hintergrund entfaltete sich Ende der 70-er Jahre eine Diskussion über die „Alternativökonomie“ (vgl. z.B. Huber 1979), die das Phänomen der Arbeitslosigkeit im Kontext der lohnarbeitszentrierten sozialstaatlichen Sicherungssysteme thematisierte und auch den Schnittpunkt „zwischen Arbeitsamt und Ehrenamt“ (Evers 1986) in den Blick nahm. Hinzu kamen vielfältige Beiträge aus der Frauenbewegung, die auf die ungleiche Bewertung verschiedener Tätigkeitsformen aufmerksam machten und die soziale Aufwertung unentgeltlicher Arbeiten forderten (vgl. z.B. Benholdt-Thomsen et al. 1993). Herausragend ist noch immer der – weit vor der Debatte über die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ publizierte – „Klassiker“ „Vita Activa“ von Hannah Arendt (1981 [1958]), die an die Pluralität von Tätigkeitsformen erinnert und die moderne Fixierung einzig auf die Erwerbsarbeit kritisiert. Insofern sind die „neuen“ Ansätze gar nicht so neu, wie sie z.T. dargestellt werden oder sich selbst präsentieren. Teilweise fallen sie theoretisch und konzeptionell auch hinter die damalige Debatte zurück.³

Dies gilt vor allem für das öffentlich besonders intensiv diskutierte Konzept der „Bürgerarbeit“ von Beck (1997, 1999). Zwar fordert auch er, bürgerschaftliches Engagement gegenüber Erwerbsarbeit gesellschaftlich aufzuwerten. Sein Konzept gilt aber ausschließlich der Lösung von arbeits- und sozialpolitischen Problemen: Bürgerarbeit soll die Nachfrage nach Erwerbsarbeit reduzieren und damit Arbeitslosigkeit abbauen. Genau dieses Resultat wird von Kritikern zu Recht bezweifelt, wenn nicht gar als vollkommen abwegig entlarvt.⁴ Um nur einen Aspekt herauszugreifen: Nach wie vor erweist sich bürgerschaftliches Engagement in erster Linie als ein „bürgerliches Engagement“, da es vor allem von vollzeitbeschäftigten Männern mittleren Alters mit höheren Bildungsabschlüssen, Berufspositionen und Einkommen erbracht wird, während die „Problemgruppen“ des Arbeitsmarkts unterrepräsentiert sind (vgl. detailliert Blanke/Schridde 1999; bundesweit von Rosenblatt 2000). Es ist unwahrscheinlich, dass gerade letztere für Bürgerarbeit zu gewinnen sind, da ihnen zentrale Dimensionen des Bürgerstatus’ – vor allem Bildungschancen und soziale Sicherheit – als wesentliche Voraussetzungen für bür-

3 Zu verweisen ist hier vor allem auf das heute wieder besonders lesenswerte Leviathan-Sonderheft „Die Zweite Stadt – Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik“ (Blanke et al. 1986a).

4 Vgl. z.B. das Streitgespräch zwischen Beck und der damaligen Berliner Arbeitssenatorin Bergmann im SPIEGEL (35/1998, S. 64 ff.), in der ersterer vor allem durch inhaltslose Worthülsen auffällt, während letztere weitgehend jedes seiner Argumente zu entkräften weiß.

gerschaftliches Engagement zunehmend eher entzogen als gewährt werden. Insofern gehört „die Vorstellung, Ehrenamtlichkeit könne für die Menschen auf breiter Front ein Ersatz für fehlende Erwerbsarbeitsplätze sein, [...] wohl an erster Stelle zu diesen potentiellen Überfrachtungen“, mit denen das bürgerschaftliche Engagement belastet wird (Kistler/Schäfer-Walkmann 1999, S. 25).

Bürgerschaftliches Engagement und die „Demokratie als Partizipationsgemeinschaft“

In einer dritten Diskussionslinie hat bürgerschaftliches Engagement im Kontext der Debatte über die „Demokratie als Partizipationsgemeinschaft“ an Bedeutung gewonnen (vgl. z.B. Weidenfeld 1996). Angesprochen ist damit der aktive Bürger, der sich – über die formale Beteiligung an Wahlen und Parteimitgliedschaften hinaus – in öffentliche Debatten einmischt und an der Suche nach politischen Lösungen für das Gemeinwesen beteiligt. Auch in diesem Fall wird an Diskussionen der 60-er und 70-er Jahre angeknüpft.⁵ Unter dem Eindruck der Studentenbewegung wurden im Zuge des Regierungswechsels zur sozial-liberalen Koalition (1969) nicht nur von staatlicher Seite („mehr Demokratie wagen“, W. Brandt), sondern vor allem auch durch zivilgesellschaftliche Akteure – soziale Bewegungen wie z.B. die Friedens-, Anti-Atom- oder Ökologiebewegung – Demokratisierungsprozesse in Gang gesetzt, die (verfassungs-)rechtliche Ansprüche auf politische Teilhabe in die soziale Praxis umzusetzen suchten (vgl. z.B. Roth/Rucht 1991; Klein 1999). Träger dieser Entwicklung war die Nachkriegsgeneration der „Baby-Boomer“, die vor dem Hintergrund des viel diskutierten „Wertewandels“ (vgl. grundlegend Klages 1984; Inglehart 1989) das Spektrum politischer Partizipationsformen erheblich erweiterten, für bürgerschaftliche Partizipations- und Gestaltungschancen sorgten und einen bislang ungebrochenen Gründungsboom von Assoziationen („associational revolution“) auslösten (vgl. z.B. Zimmer 1996). Die Reform euphorie ebte im staatlichen Sektor allerdings Ende der 70-er Jahre ab. Ihr vorläufiges Ende fand sie mit dem Regierungswechsel zur liberal-konservativen Koalition, die Mitbestimmungsrechte und Beteiligungsverfahren (z.B. im Städtebau) wieder erheblich einschränkte.

Erst in den letzten Jahren haben im Rahmen der Debatten über Legitimationsprobleme des etablierten Systems der Interessenvertretung einerseits und Effektivitätsprobleme staatlichen Handelns andererseits Fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen von politischer Beteiligung und Bürgerengagement wieder höhere Aufmerksamkeit erhalten (vgl. Weidenfeld 1996; Klein/Schmalz-Bruns 1997). Gleichwohl bildet die politische Dimension bürgerschaftlichen Engage-

⁵ Der ideengeschichtliche Hintergrund, der hinter der Figur des „homo democraticus“ steht, soll hier nicht erörtert werden. Schmitz (2000) gibt mit Blick auf die laufende Diskussion einen ausgezeichneten Überblick über die „Klassiker“ der politischen Ideengeschichte.

ments das Schlusslicht in der laufenden Diskussion, die ein unübersehbares „politisches Defizit“ aufweist (Evers 2000, S. 214).⁶ Angesichts der obrigkeitsstaatlichen Tradition in Deutschland, in der vom Bürger eher die politischen Tugenden des „Untertanen“ verlangt werden, während Regierung und Verwaltung politische Entscheidungen treffen und administrieren (vgl. als „Klassiker“ Almond/Verba 1963; im Überblick Reichel 1981), erscheint dieses politische Defizit charakteristisch für die laufende Debatte, da sich hier explizit die Frage einer neuen Machtteilung und -verlagerung stellt: Ob bei der Förderung des Ehrenamts, von Initiativen zur Armenversorgung oder der Beteiligung an Kommunalplanungen, immer geht es auch darum, dass den Bürgern „ein Handlungsfeld eingeräumt wird, auf dem sie mit einer gewissen Eigenständigkeit und praktisch folgenreich agieren können. Dies setzt voraus, dass privilegierte Akteure (Parteien, Verbände, staatliche Bürokratien, Parlamente etc.), die nicht selten ein Politikmonopol für sich beanspruchen und es durch korporatistische Netzwerke sichern, zurückstecken und auf ihre strukturellen Vorteile im politischen Prozeß zugunsten von AktivbürgerInnen verzichten – auch dann, wenn die Ergebnisse unbequem sind“ (Roth 2000, S. 20). Angesprochen ist damit eine normative Dimension von Demokratie, die vor dem Erfahrungshintergrund mit der deutschen Geschichte beinahe einen Allgemeinplatz darstellt: dass eine Demokratie ohne den „homo democraticus“ zum Scheitern verurteilt ist (vgl. z.B. Barber 1994; Schmitz 2000). „Demokratieförderlich ist somit der ‚mündige Bürger‘, der sich politisch einmischt und in Organisationen des vorpolitischen Raums – in freiwilligen Vereinigungen, Non-profit-Organisationen und Vereinen – engagiert ist“ (Zimmer 1996, S. 215).⁷

Hinter dieser Argumentationsfigur verbirgt sich die Annahme, dass sich in den Organisationen der Zivilgesellschaft eine „Wertsphäre“ etabliere, die in der sozialen Praxis die Verbindung von „Mitgliedschafts-“ und „Staatsbürgerrolle“ ermöglicht. Diese Argumentation wurde zuletzt wieder von Putnam (1993) popularisiert, dessen Arbeiten die wissenschaftliche und politische Debatte auch in Deutschland nachhaltig beeinflussen. In „Making Democracy Work“ betont er die demokratieförderliche Bedeutung „überlappender Mitgliedschaften“ in „civic associations“, da man in ihnen – im Sinne ihrer Funktion als „Schule der Demokratie“ – unterschiedliche Standpunkte, Ziele und Lebensentwürfe kennen- und tolerieren lerne. Diese These verbindet Putnam (1993) mit einem transakti-

6 Exemplarisch dafür steht der Beschluss des Deutschen Bundestages zur Einsetzung der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Hier bilden Ehrenämter, Selbsthilfeaktivitäten und Freiwilligenarbeit das bürgerschaftliche Engagement, das sich durch Freiwilligkeit, Gemeinwohlorientierung und das Fehlen materieller Gewinnorientierung auszeichnet (vgl. Drucksache 14/2351). Betont wird also das soziale Engagement, während das politische Engagement außen vor bleibt.

7 Unter dem Begriff „assoziative Demokratie“ hat Schuppert (1997) eine instruktive *theoretische* Analyse dieses Zusammenhangs vorgelegt, die allerdings im deutlichen Kontrast steht zu der kritischen *empirischen* Bestandsaufnahme von Bauer (1997) (vgl. dazu auch die ausgezeichnete Arbeit von Barthélemy 2000).

onskostenökonomischen Ansatz, in dem der viel zitierte Begriff „soziales Kapital“ seine besondere Bedeutung erhält. Putnam (1993, S. 167) versteht darunter „features of social organization, such as trust, norms, and networks, that can improve the efficiency of society by facilitating coordinated actions.“ Er hebt die enge Verknüpfung zwischen der Input- und Output-Seite des politisch-administrativen Systems hervor und argumentiert, dass Mitgliedschaften und bürgerschaftliches Engagement Vertrauen erzeugen, das sich als „generalisiertes Vertrauen“ über alle gesellschaftlichen Bereiche erstreckt. Da das „generalisierte Vertrauen“ insbesondere in „civic associations“ entstehe, sieht Putnam (1993) in hohen Mitgliedschafts- und Beteiligungsquoten einen wichtigen Indikator zur Beurteilung der demokratischen Leistungsfähigkeit und ökonomischen Effizienz einer Gesellschaft, da wechselseitiges Vertrauen in die Verhandlungspartner die Notwendigkeit zur sozialen Kontrolle und somit auch Kosten reduziere, und zwar im staatlich-administrativen ebenso wie im ökonomischen Sektor. Umgekehrt könnten „ohne angemessene Zufuhr von Sozialkapital – also ohne bürgerliches Engagement, gesunde Gemeinschaftsinstitutionen und gegenseitiges Vertrauen – [...] Demokratie und Marktwirtschaft ins Wanken geraten“ (Putnam 1996, S. 71).

III. Engagierte Bürgerschaft oder individualisierte Passivgesellschaft?

Die drei skizzierten Diskussionsstränge, die das große politische Interesse am bürgerschaftlichen Engagement auslösten, erscheinen auf den ersten Blick sehr disparat. Reduziert man sie auf einen gemeinsamen Kern, dann gelangt man zu einem der grundsätzlichen Probleme der Soziologie: zur Frage der sozialen Integration, die vor dem skizzierten Problemhorizont nicht zufällig wieder höhere Aufmerksamkeit erfährt (vgl. z.B. Peters 1993; Heitmeyer 1997a; Friedrichs/Jagodzinski 1999a; zur hier diskutierten Thematik bereits Blanke et al. 1986a). Mit der Debatte um die Krise des Sozialstaats, des Arbeitsmarkts und der Demokratie als Partizipationsgemeinschaft steht das bürgerschaftliche Engagement im Mittelpunkt von drei zentralen Integrationsmodi der Gesellschaft: der Integration über sozialstaatliche Sicherungssysteme, der Integration über Erwerbsarbeit und der Integration in das demokratische politische System. In allen drei Bereichen soll der engagierte Bürger durch Selbstorganisation, Partizipation, gemeinwohlorientiertes Handeln und Zivilcourage die Problemlösung sein.

In den aktuellen Zeitdiagnosen wird allerdings ein ganz anderes Bild gezeichnet: Anstelle des engagierten Bürgers wird hier die „fernsehglotzende Konsumonade“ (Szczypiorski) beschrieben, die in der modernen, in ihre „individualmenschlichen Einzelatome“ (Klages) zerfallenden „Passivgesellschaft“ (Leif) jegliche Form von Solidarität und Sozialität verloren habe. Putnam (1995) hat dafür den Terminus „Bowling alone“ geprägt, mit dem er den gesellschaftlichen Zustand der USA zu charakterisieren sucht. Aber auch in Deutschland verfügen wir über einen Begriff,

der ähnliche Entwicklungen beschreibt: „Individualisierung“ lautet das allgegenwärtige Schlagwort, das nahezu ausschließlich im Sinne der Individualisierungsthese von Beck (1986) und den zahlreichen, an ihn angelehnten Gesellschaftsdiagnosen verstanden wird. Spätestens seit Mitte der 80-er Jahre bestimmt diese These die soziologische und öffentliche Diskussion in Deutschland (vgl. im Überblick Braun 1999).

Individualisierung als Desintegration?

Beck (1986, S. 206) bestimmt Individualisierung anhand von drei Dimensionen: der „Freisetzungsdimension“ (Herauslösung aus traditionellen Sozialformen und -bindungen), der „Entzauberungsdimension“ (Verlust traditionaler Sicherheiten) und der „(Re-)Integrationsdimension“, bei der aber unklar bleibt, welche Institutionen die unterstellte „neue soziale Einbindung“ übernehmen und somit gesellschaftsintegrierend wirken sollen. In erster Linie betont Beck (1986) die eingetretenen Bindungsverluste der „Großgruppengesellschaft“, vor allem der Klassenmilieus, aber auch der „kleineren“ Vergemeinschaftungen wie Assoziationen oder Lebensgemeinschaften. Weitgehend losgelöst von Becks Überlegungen wurde der vermutete „Freisetzungsprozess“ zunächst häufig mit „Freiheit“ assoziiert. In den letzten Jahren werden aber auch seine vermeintlichen „Schattenseiten“ betont. Zu einem Schlüsselbegriff avancierte dabei der Begriff der „Desintegration“ (vgl. z.B. Teufel 1996; Heitmeyer 1997b), den Heitmeyer (1994, S. 45 f.) in seinem viel zitierten „Desintegrationstheorem“ wie folgt entwickelt: „Je mehr Freiheit, desto weniger Gleichheit; – je weniger Gleichheit, desto mehr Konkurrenz; – je mehr Konkurrenz, desto weniger Solidarität; – je weniger Solidarität, desto mehr Vereinzelung; – je mehr Vereinzelung, desto weniger soziale Einbindung; – je weniger soziale Einbindung, desto mehr rücksichtslose Durchsetzung.“

Die Gleichsetzung von Individualisierung und Desintegration als Auflösung von Gemeinschaftlichkeit und Abbau von Solidaritätspotenzialen ist allerdings fragwürdig. Es scheint, als ob hinter diesen Diagnosen ein „romantisches“, historisch nicht weiter spezifiziertes Gesellschaftsbild steht, das durch traditionale Werte gekennzeichnet ist: Sicherheit, Orientierung, Gemeinschaftsgeist etc. Individualisierung ist ein grundsätzliches Kennzeichen der Moderne ebenso wie die Ideologie vom autonomen Subjekt, das sich alle Erfolge und Misserfolge als selbst produziert zurechnet – ein Individualismus, nach dem die wesentliche Einheit des Gesellschaftskörpers das Individuum ist (vgl. Dumont 1991). Insofern erscheinen die aktuellen, an Becks Individualisierungsthese orientierten Zeitdiagnosen auch nicht besonders originell. Sie verweisen auf die „Gründer“ der Sozialwissenschaften, die bereits in den raschen sozialen Veränderungsprozessen des 19. Jahrhunderts die Lockerung des zwischenmenschlichen Bandes in egalitär-individualistischen Gesellschaften sahen (de Tocqueville), Prozesse der „Anomie“ (Durkheim) und den

„vereinzelt Einzelnen“ (Marx) beschrieben, den Verlust des gemeinschaftlichen Zusammenhalts betonten (Tönnies) oder die Herauslösung aus der traditionellen Welt religiöser Bindungen infolge des Aufklärungsprozesses thematisierten (Weber).

Die Ähnlichkeiten zu den derzeit dominierenden Zeitdiagnosen sind offensichtlich: Fragte die politische Theorie des 19. Jahrhunderts im Kern danach, wie eine Gesellschaft, in der der Einzelne scheinbar beliebig handeln könne und nur um sich selbst besorgt sei, überhaupt noch kollektive Verbindlichkeiten herzustellen vermöge, so lautet die Kernfrage heute, wie die offenbar hochindividualisierte, ethnisch-kulturell vielfältige, in Einzelinteressen zerfallende (post-)moderne Gesellschaft ihren inneren Zusammenhalt bewahren kann. Die zentrale Fragestellung, die damals wie heute im Mittelpunkt steht, ist also die nach dem Vermittlungsverhältnis von Individuum und Gesellschaft – dem „sozialen Kitt“.

Bürgerschaftliches Engagement als „sozialer Kitt“?

Dieser „soziale Kitt“ wird seit langem im frei gewählten Engagement der Bürger gesehen, das als Paradebeispiel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, als Ressource gelebter Solidarität und Prüfstein der inneren Konsistenz des Gemeinwesens gilt. In symbolischer Hinsicht gewinnt bürgerschaftliches Engagement also in einer Zeit an Konjunktur, in der Verlustdiagnosen das vorherrschende Deutungsmuster vom sozialen Zustand der Gesellschaft bilden. Obwohl sämtliche Annahmen von den Integrationsleistungen bürgerschaftlichen Engagements bislang „eher metaphysischen als empirischen Charakter“ haben (Friedrichs/Jagodzinski 1999b, S. 14) und bestenfalls als Hypothesen mit Plausibilitätsanspruch gelten dürfen, avanciert in Politik und Wissenschaft die Zahl der engagierten Bundesbürger zu einem zentralen Indikator, um die „Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts“ (Kistler et al. 1999) zu bestimmen. Da die empirischen Befunde uneinheitlich und teilweise sogar widersprüchlich sind (vgl. dazu Abschn. VI), ergeben sich weite Interpretationsspielräume: „Die einen befürchten den Niedergang sozialer Solidarität, während die anderen neue Formen gegenseitiger Hilfe unter den Bürgern sowie unausgeschöpfte Potentiale an Hilfsbereitschaft zu entdecken glauben“ (Offe 1999, S. 113). Vor diesem Hintergrund erhält auch Rauschenbachs (1999, S. 72) Kritik ihr Gewicht, dass die aktuelle Diskussion über bürgerschaftliches Engagement „Ausdruck einer zu stark ineinander verwobenen und unsortierten Gemengelage von Politik, empirischer Forschung und mehr oder minder theoretisch gehaltvoller Zeitdiagnose (ist). Dies erschwert eine getrennte Behandlung der unterschiedlichen Ebenen, also der mit dieser Thematik verknüpften politischen Optionen, der empirisch fundierten Erkenntnisse und den eher zeitdiagnostischen Beobachtungen“.

IV. *Bürgerschaftliches Engagement im gesellschaftstheoretischen Diskurs*

Versucht man, diese Gemengelage zu entwirren, dann können in Anlehnung an Evers (1998, 2000) zwei idealtypische Begründungszusammenhänge von bürgerschaftlichem Engagement unterschieden werden, die sich nach den jeweils zugrunde liegenden theoretischen Ansätzen ordnen lassen. Evers' (1998, S. 186) zentrale These lautet: „Die Diskussion darum, warum man sich engagieren könnte oder sollte, verläuft [...] in einem von zwei Polen gebildeten Spannungsfeld. Auf der einen Seite steht ein individualistisch-liberales Verständnis, das Neigungen und Interessen des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt, so daß soziales Engagement einen spezifischen 'Markt der Möglichkeiten' darstellt. Auf der anderen Seite steht ein stärker von der Debatte um Gemeinwohl und Bürgersinn geprägtes Verständnis; es thematisiert soziales Engagement vor allem unter dem Blickpunkt von Anforderungen der Gesellschaft und Gemeinschaft.“ Im Sinne der bisherigen Argumentation betont Evers (2000, S. 28), dass in Deutschland der erstgenannte, von Modernisierungstheorien geprägte Diskurs vorherrsche. Erst in letzter Zeit, in der die Frage der sozialen Integration größere Aufmerksamkeit erfährt, gewinnt auch der zweite, von kommunitaristischen und republikanischen Denkansätzen inspirierte Diskurs an Bedeutung.

Beiden – idealtypisch kontrastierten – Diskursen über Engagement lassen sich jeweils zwei Lesarten zuordnen. Auf der Seite des individualistisch-liberalen Diskurses findet man eine an der *Theorie des Rational Choice und utilitaristischen Gesellschaftskonzepten* orientierte und eine mit *psychologischen Handlungsanreizen* argumentierende Lesart von Engagement. Auf der Seite des an Gemeinschaft und Gemeinwesen orientierten Diskurses findet man hingegen eine Lesart, in der Engagement im Hinblick auf *Solidarität und Hilfsbereitschaft vor dem Hintergrund gemeinsamer Werte* diskutiert wird, und eine zweite, in der es um *Partizipationsmöglichkeiten und um das Verhältnis von Bürgerrechten und -pflichten* geht.⁸

Engagement im liberal-individualistischen Diskurs

In einer ersten modernisierungstheoretischen Lesart wird die Bereitschaft zu Engagement nach dem Bild des homo oeconomicus erklärt: Analog zu jeder anderen Form menschlichen Handelns gilt gemeinsames Engagement als eine kluge Form, individuelle Interessen zu verfolgen. Man kooperiere mit anderen, um Vorteile zu erzielen, die durch nicht kooperatives Handeln unerreichbar blieben. Engagement wird als Kosten-Nutzen-Kalkül, als „Ausgleich von Leistungsbilanzen“ entworfen

⁸ Haller (1999) hat unlängst eine glänzende, sehr umfangreiche und systematisch-vergleichende Analyse u.a. jener Theorien vorgelegt, die diesen Begründungszusammenhängen zugrunde liegen. Dort ist auch die einschlägige Literatur nachzulesen.

– es ist nicht mehr als eine vernünftiger, d.h. erfolversprechendere Form des Egoismus. Da vom eigenen Engagement andere profitierten, erwarte man materielle und ideelle Gegenleistungen. Engagement wird damit zu einem sozialen Tausch, der Solidarität als Ergebnis individueller Interessenverfolgung erzeugt.

In einer zweiten modernisierungstheoretischen Lesart, die insbesondere von der Individualisierungsthese geprägt ist, gilt Engagement als Element der Sinngebung und Befriedigung, da subjektive Präferenzen zunehmend zur Richtschnur individuellen Handelns würden. Engagement wird hier als eine rein persönliche Angelegenheit verstanden: Ob, wie, wo, wann und wie lange man sich engagiere, sei nach eigenen Vorlieben ausgestaltbar. Moralische Normen, Pflichten und Gebote spielten hingegen keine Rolle (mehr), wobei gerade bei jenem Engagement, das sich auf das Helfen anderer konzentriert, zu fragen ist, inwieweit die Hilfebedürftigen als Sinnquelle des Engagements ausgeklammert werden können.

Beide modernisierungstheoretischen Lesarten sind eingebettet in ein Gesellschaftsverständnis, wonach das Individuum seinem Handeln Kosten-Nutzen-Kalküle zugrunde legt und sich nur unter diesen Vorzeichen engagiert. Im Rahmen seiner Nutzenerwägungen suche es nach sinnvollen Alternativen der eigenen Bestätigung und betrachte Engagement als eine Möglichkeit der Selbsterfüllung und episodenhaften Lebensstilergänzung. Frei gewähltes Engagement wird in diesem Diskurs auf eine individualistisch-liberale Kultur in einer hochindividualisierten Gesellschaft reduziert, während der Bezug auf Dritte ebenso wenig auftaucht wie die Frage, welche Bedeutung das Engagement für Gemeinschaft und Gesellschaft haben könnte.

Engagement im Diskurs über Gemeinschaft und Gemeinwesen

Diese Fragen thematisiert der zweite, grundsätzlich anders akzentuierte Diskurs, der Engagement vor allem unter drei Perspektiven diskutiert: (1) Engagement und Hilfsbereitschaft als Ausdruck gemeinschaftlicher Bindungen im Lebensumfeld oder darüber hinaus, (2) Engagement als Bestandteil politischer Handlungsfreiheit im Gemeinwesen und (3) als Anerkennung von Bürgerpflichten gegenüber dem Gemeinwesen. Auch in diesem Diskurs lassen sich zwei Lesarten unterscheiden.

In der ersten Lesart gelten die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft und gemeinschaftliche Anliegen als „Movens“ von Engagement. Thematisiert wird diese Vorstellung von den Vertretern der „kommunitaristischen Sozialtheorie“,⁹ die Freiheit nicht über individuelle Abwehrrechte definieren, sondern in einem gemeinschaftsbezogenen Leben erfüllt sehen, in dem Wertbindungen und nicht nur Rechtsbeziehungen das Verhältnis der Individuen bestimmen. Engagement wird

⁹ Dieser Begriff wird hier als Oberbegriff für eine Strömung benutzt, zu deren prominentesten Vertretern Bellah, Etzioni, Walzer, Taylor und Selznick zählen (vgl. zur Einführung Honneth 1995).

dabei als Voraussetzung und Folge dieser Wertbindungen verstanden, da es aus geteilten Werten, sozialer Nähe und gemeinschaftlichen Anliegen erwachse und die Gemeinschaft stütze und stärke, die wiederum ohne Hilfsbereitschaft und Solidarität nicht auskäme.

Die zweite Lesart verbindet Fragen des Engagements weniger mit Gemeinschaft als vielmehr mit dem Gemeinwesen, in dem sich die Individuen als Mitglieder einer politischen verfassten Gesellschaft begreifen, denen für ihre Anliegen auch Pflichten abverlangt werden. Engagement wird hier mit der – im klassischen Republikanismus als „guter Bürger“ bezeichneten – Figur des aktiven und kompetenten Bürgers verbunden, der sich für das politische Gemeinwesen interessiert, der bereit ist, sich dafür einzusetzen und in entsprechende Diskussions- und Entscheidungsprozesse einzubringen: „In dieser Debatte wird ein wechselseitiger Verstärkungszusammenhang zwischen einem wachsenden und wachen Sinn der Bürger für öffentliche Anliegen und das Gemeinwohl, die Bereitschaft, sich bürgerschaftlichen Vereinigungen und Organisationen anzuschließen (Vereins- und Organisationsmitgliedschaften) und schließlich die Bereitschaft zur Praktizierung von sozialer Anteilnahme und Engagement vermutet. Dabei wird offensiv die Frage gestellt, welche Balance zwischen Rechten und Pflichten eine lebendige Demokratie erfordert“ (Heinze/Olk 1999, S. 85).

Als Gemeinsamkeit dieser beiden Lesarten von Engagement kann man festhalten, dass sie die Bedeutung, Funktion und Folgen bürgerschaftlichen Engagements für die Gemeinschaftsbildung und das politische Gemeinwesen, für die soziale Integration und die politische Kultur betonen. Argumentiert wird, dass in freiheitlich verfassten Gesellschaften ein „Bürgersinn“ zum Tragen kommen müsse, der die Rationalitätskriterien des homo oeconomicus übersteige und sich im Engagement für allgemeine Aufgaben und in öffentlichen Ämtern manifestiere – ein Engagement also, „bei dem – nach den Vorgaben einer Theorie individuellen Nutzenkalküls formuliert – individueller Aufwand und individuell nutzbarer Ertrag in keinem ökonomisch sinnvollen Verhältnis stehen“ (Münkler 2000, S. 30; vgl. grundlegend Rawls 1979). In diese Gedankenfigur sind auch aktuelle Reformprojekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft einzuordnen (vgl. Klein 1999), die „inzwischen zu Verknüpfungen und Synthesen zwischen Leitbildern des sozialen bzw. gesellschaftlichen und des politischen Engagements geführt“ haben (Heinze/Olk 1999, S. 85).

V. Erscheinungsformen bürgerschaftlichen Engagements

Folgt man den bislang differenziertesten Analysen über die empirischen Erscheinungsformen bürgerschaftlichen Engagements, dann sollen in diesem Begriff beide Leitbilder zusammengefügt werden. So fasst Zimmer (2000) unter bürgerschaftlichem Engagement die *einfache Mitgliedschaft und ehrenamtliche Tätigkeit*, wie

z.B. in Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, politischen Gremien und Vereinen; die *freiwillige unbezahlte Mitarbeit in karitativen oder gemeinwohlorientierten Einrichtungen*, etwa in Krankenhäusern, Schulen, Museen oder Bibliotheken; alle *Formen direktdemokratischer Bürgerbeteiligung*, z.B. im Rahmen von Volksbegehren oder Volksentscheiden; und schließlich die *Beteiligung an Protestaktionen* in Bürgerinitiativen oder sozialen Bewegungen.

Ähnlich argumentiert Roth (2000, S. 30), der noch differenzierter vorgeht. Er fasst unter bürgerschaftlichem Engagement „im Prinzip alle Aktivitäten jenseits einer – in ihren Grenzen keineswegs unverrückbaren – Intim- und Privatsphäre, zu der in unseren Gesellschaften z.B. Familien, aber auch wesentliche ökonomische Aktivitäten, wie die Erwerbsarbeit gehören, und unterhalb der im engeren Sinne staatlichen Handlungssphäre, die weitgehend bürokratischer Rationalität folgt“. Bürgerschaftliches Engagement umfasst demnach:

- *Konventionelle und neue Formen politischer Beteiligung*, die von Ehrenämtern in der Kommunalpolitik über die Mitarbeit in Parteien oder Gewerkschaften bis hin zu gesetzlich geregelten und auch unkonventionellen Partizipationsformen reichen.
- *Freiwillige bzw. ehrenamtliche Wahrnehmung öffentlicher Funktionen*, z.B. als Schöffe, Wahlhelfer, in Elternbeiräten oder Bürgervereinen.
- *Klassische und neue Formen sozialen Engagements* wie z.B. in Wohlfahrtsverbänden einerseits oder Hospiz-Gruppen andererseits.
- *Klassische und neue Formen gemeinschaftsorientierter, von Solidarvorstellungen geprägter Eigenarbeit*, die nicht den Charakter regulärer Erwerbsarbeit hat, sondern moralökonomische Elemente enthält (Nachbarschaftshilfe, Genossenschaften, Seniorenservice-Zentren, Tauschringe etc.).
- *Klassische und neue Formen gemeinschaftlicher Selbsthilfe und anderer gemeinschaftsbezogener Aktivitäten*, bei denen von einer Schattenlinie zwischen exklusivem Selbstbezug und bürgerschaftlichem Engagement auszugehen ist (z.B. Familienselbsthilfe, Selbsthilfegruppen, Selbsthilfe-Kontakt- und Informationsstellen).

Nach Roth (2000, S. 31) kann jedoch nicht jedes Engagement „mit dem Titel bürgerschaftlich geadelt werden“, da nicht alle zivilgesellschaftlichen Assoziationen „sozial und bürgerschaftlich gestimmt“ sind. Damit ist die andere Seite des Putnamschen (1993) Begriffs von „sozialem Kapital“ angesprochen, der hierzulande nahezu ausschließlich positiv besetzt ist. Denn „zivile Assoziationen“ haben immer auch eine mehr oder minder ausgeprägte Exklusivität und kennen mehr oder weniger sichtbare soziale Schließungsmechanismen, so dass die denkbare Vertrauensbildung innerhalb einer Assoziation außerhalb derselben zu Misstrauen führen kann. Es ist bezeichnend, dass Bourdieu (1983) ebenfalls den Begriff „soziales Kapital“ verwendet, um Formen der Reproduktion sozialer Ungleichheit und Mechanismen zur Festigung von Machtstrukturen zu analysieren – „wie etwa die

vielfältigen mit nützlichen Beziehungen verbundenen 'Gefälligkeiten' und symbolischen Profite, die z.B. aus der Mitgliedschaft in einer erlesenen und angesehenen Gruppe entstehen" (Bourdieu 1983, S. 192).

Für den Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ folgt daraus, dass er als ein normativer Begriff zu verstehen ist, der heute in erster Linie auf Demokratie und Gemeinwohl bezogen wird. Da aber die Ansprüche, die mit normativen Begriffen verbunden sind, verfehlt und bestritten werden können, laufen insbesondere „großflächige quantitative Aussagen über bürgerschaftliches Engagement“ Gefahr, „die moralische Hürde ihres Gegenstandsbereichs zu verfehlen“ (Roth 2000, S. 32).

VI. Empirische Ergebnisse zum bürgerschaftlichen Engagement

Diesen grundsätzlichen Einwand, dass es auch „unsoziales Kapital“ und „undemokratisches“ Engagement geben kann, hat die empirische Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement bislang ausgeblendet, obwohl gerade die letzten Jahre genug Anlass bieten, gut funktionierende Assoziationen mit einem enorm demokratiefeindlichen Engagement detailliert zu untersuchen.

Stattdessen konzentrierte sich die Forschung auf Zahlenvergleiche, die mitunter an die Medaillenspiegel bei internationalen Sportwettkämpfen erinnern. Stellvertretend dafür stehen die Ergebnisse der Eurovol-Studie zum „neuen bürgerschaftlichen Europa“, die Mitte der 90-er Jahre Entsetzen in Politik und Medien hervorriefen: Nur 18% der erwachsenen Bevölkerung engagierte sich in Deutschland, im Westen sogar nur 16%, im Osten immerhin 24% (vgl. Gaskin et al. 1996, S. 65). Damit lag Deutschland weit abgeschlagen hinter den Niederlanden (38%), Schweden (36%), Großbritannien (34%), Belgien (32%), Dänemark (28%) und Irland (25%). Nicht einmal Bulgarien (19%) konnte man hinter sich lassen, und nur das schlechte Abschneiden der Slowakei (12%) rettete den vorletzten Platz. Die Zivilgesellschaft in Deutschland, vor allem aber die im vermeintlich hedonistisch-individualistischen Westdeutschland, schien am Boden zu liegen. Und die Skeptiker fühlten sich bestätigt, dass Solidarität und Sozialität längst verschwunden seien.

Das alles änderte sich in den Folgejahren rapide (vgl. Tabelle 1). Neue Untersuchungsdesigns, Definitionen und Erhebungskategorien (also Frageformulierungen und Bewertungen, was als „Engagement“ gilt) führten dazu, dass Deutschland in die Champions-League aufstieg:¹⁰ 38% bürgerschaftlich Engagierte und

¹⁰ Meines Erachtens wurden – abgesehen von der unterschiedlichen Stichprobenqualität – von einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung zur nächsten zwei zentrale Veränderungen vorgenommen: Zum einen wurde das Spektrum der Engagementformen immer weiter definiert; zum anderen wurde die Frage, ob sich jemand engagierte, mit einem zunehmend „breiteren“ Einstieg erhoben, insofern als mit Hilfe von „Engagementlisten“ konkrete Tätigkeitsformen erfragt wurden, während vorher überwiegend allgemeinere Begriffe (z.B.

Tabelle 1: Umfang des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, eingeschränkt auf repräsentative Bevölkerungsbefragungen in den 90-er Jahren. Prozentwerte

Studie	Erhebungsjahr	Ost	West	gesamt
Blanke et al. (1996)	1991/92	9	20	17
Gaskin et al. (1996)	1994	24	16	18
Erlinghagen et al. (1997)	1996	25	35	–
Klages/Gensicke (1998)	1997	35	39	38
von Rosenblatt/Picot (1999)	1999	28	35	34

weitere 32% Engagementbereite weist der „Speyerer Wertesurvey 1997“ aus, der auf einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung von rund 3.000 Personen im Alter von über 18 Jahren basiert (vgl. Klages/Gensicke 1998, S. 180). Ähnliches wird aus der bislang umfangreichsten, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Auftrag gegebenen Untersuchung berichtet, in der mehr als 15.000 der über 14-jährigen Bundesbürger befragt wurden: 34% Engagierte wurden ermittelt – in Absolutzahlen sind das rund 21 Mio. Personen (vgl. von Rosenblatt/Picot 1999, S. 14). Und auch die erwartete Relation zwischen Ost- und Westdeutschland ist offenkundig hergestellt: Auf der einen Seite eine Zivilgesellschaft, der nach ihrer scheinbar völligen Zerschlagung in 50 Jahren Diktatur ein Nachholbedarf attestiert wird (28% Engagierte; vgl. dazu kritisch Priller 1997); auf der anderen Seite eine offenbar lebendigere Zivilgesellschaft, wo sich mehr als jeder Dritte bürgerschaftlich engagiert.

Mit diesen Ergebnissen änderten sich die politischen Einschätzungen grundlegend. Plötzlich waren die Thesen von der „Ego-“, „Ellenbogen-“ oder „hedonistischen Freizeitgesellschaft“, in der Demokratie nicht mehr als Solidargemeinschaft begriffen werde, out. Die Aussagekraft der Daten spielte dabei kaum eine Rolle – wichtig erschien allein die „stolze“ Quote von 38% Engagierten. Dass dieser Anteil bereits auf 29,5% fällt, wenn man nur die „schwache“ zusätzliche Bedingung einführt, sich monatlich wenigstens *ein Mal* und mindestens *vier Stunden* zu engagieren (vgl. von Rosenblatt 1999, S. 408), ist dabei nebensächlich – mit Hilfe modifizierter Messinstrumente hatte man sich, zumeist im staatlich-politischen Auftrag, „hochgeforscht“. Insofern ist derzeit auch weniger die empirische Datenlage zum bürgerschaftlichen Engagement unbefriedigend als vielmehr, dass unter demselben Begriff qualitativ sehr unterschiedliche Tätigkeiten subsumiert werden.

Infolgedessen lassen sich nahezu für jede Argumentation empirische Daten finden, wie Kanzler Schröder (2000, S. 202) exemplarisch vorführte. En passant räumte er die methodologischen Probleme, die zu den geringen Engagementquoten

„Ehrenamt“ oder „unbezahlte Arbeit“ als „Filterfrage“ dienten (vgl. dazu von Rosenblatt 1999).

geführt haben sollen, aus der Welt und baute auf den wesentlich höheren Werten sein Konzept der „zivilen Bürgergesellschaft“ auf. Sofort entbrannte eine lebendige Debatte, die sog. „Schröder-Debatte“,¹¹ in der das bürgerschaftliche Engagement als „zentraler Eckpfeiler“ eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ bezeichnet wird, um die Beziehung von Staat, Gesellschaft und Individuum zu aktualisieren (Bürsch 2000). Auf den Globalzahlen wurden – je nach argumentativer Stoßrichtung anders akzentuiert – breit angelegte Reformprojekte aufgebaut, die weitgehend jeder empirischen Grundlage entbehren.

Eine Ausnahme bildet die „Bürgerbefragung Niedersachsen“ der Abteilung Sozialpolitik und Public Policy an der Universität Hannover, die den Zusammenhang von Engagement und einer anderen Verantwortungsteilung zwischen Staat, Bürgern und Drittem Sektor theoretisch *und* empirisch untersucht. Ihr Befund, dass die Debatte über bürgerschaftliches Engagement „vor allem von denjenigen geführt [wird], die dem Sozialstaat an sich schon skeptischer gegenüberstehen, die von Leistungskürzungen nicht betroffen wären und die über sozialpolitische Reformen zu entscheiden hätten“ (Blanke/Schridde 1999, S. 19) – also den gut verdienenden Führungskräften –, unterstreicht, dass Modelle, wie sie gegenwärtig propagiert werden, immer an der Konstruktion ihres Gegenstands beteiligt sind: Sie erzeugen *Weltversionen*, denen spezifische Standpunkte und Perspektiven eingeschrieben sind, während die Positionen anderer gesellschaftlicher Gruppen bestenfalls am Rande auftauchen. Insofern impliziert die laufende Debatte auch einen „Konflikt zwischen den politischen, administrativen und ökonomischen Eliten des Landes und dem ‚einfachen‘ Bürger“ (Blanke/Schridde 1999, S. 19), der je nach sozialer Stellung, Alter und Geschlecht die Forderungen nach mehr Eigenverantwortung eher mit Sorge betrachtet als mit der Euphorie, die bei ersteren in offenbar greifbar nahen Visionen von der „Wohlfahrts-“, „Bürger-“ oder „Bewegungsgesellschaft“ aufscheint. Zumindest gehen sie von Potenzialen aus, „die an einen schlafenden Riesen erinnern, den es politisch zu wecken gilt“ (Roth 2000, S. 26).

Die Debatte um das „alte“ und „neue Ehrenamt“

Um diese „riesige ‚schlafende Ressource‘“ (Klages 1998, S. 34) zum Leben zu erwecken, sei es allerdings erforderlich, auf den grundlegenden Motivwandel zu bürgerschaftlichem Engagement politisch angemessen zu reagieren. Dieser Wandel lässt sich etwa wie folgt zusammenfassen: „Vom alten zum neuen Ehrenamt“, „vom Opfer zu einem zeitlich und sachlich begrenzten Engagement“, „von der Verpflichtung zur freien Wahl“ und vor allem: „Aufwertung eigener Interessen und Bedürfnisse“ (vgl. Evers 1998, S. 187). Dieser „Strukturwandel des Ehrenamts“ (Olk 1987) wird seit Mitte der 80-er Jahre postuliert, seit jener Zeit, da der

11 So der Titel des Schwerpunktthemas in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 47 (2000) 6.

Selbsthilfegedanke und die „unkonventionellen Initiativen“ immer höhere fachliche und politische Anerkennung erhielten (vgl. Badura/von Ferber 1981; Blanke et al. 1986a) und zugleich die „Wertewandel-“ und „Individualisierungsthese“ zur bestimmenden Argumentationsbasis soziologischer Zeitdiagnosen avancierten.

Seitdem „werden aus theoretisch-analytischer Perspektive Spuren für die Existenz eines neuartigen Ehrenamts auf der Grundlage einer neuen Sichtweise gesucht und dessen Merkmale herausgearbeitet, systematisiert und theoretisch eingebunden. Dem Ehrenamt wird zugleich ein grundlegender Gestaltwechsel bescheinigt, der mit Bezeichnungen wie 'altes' und 'neues' oder 'traditionelles' und 'modernisiertes' Ehrenamt charakterisiert wird. [...] Folgt man dabei den vielfältigen Thesen eines 'individualisierten' Ehrenamts, dann zeigt sich, daß an die Stelle des 'klassischen' Ehrenamts ein neuer, modifizierter Idealtyp gesetzt wird“ (Beher et al. 2000, S. 12 f.). So trete an die Stelle selbstlosen Handelns und der Aufopferung für Andere die Norm der Reziprozität von Geben und Nehmen und der Wunsch nach Selbstverwirklichung; an die Stelle einer milieugebundenen langfristigen und verpflichtenden Tätigkeit in einer Organisation das „Prinzip der biographischen Passung“, d.h. die zeitliche und organisatorische Abstimmung von Motiv, Anlass und Gelegenheit in neuen Organisationsformen und Bereichen, die ein solches Engagement entsprechend den biographischen Erfahrungen ermöglichen; an die Stelle des unentgeltlichen Engagements Honorar- und Niedriglohnstätigkeiten, da Engagement nicht mehr unbezahlt zu gewinnen sei; und an die Stelle der „Laientätigkeit“ der Anspruch auf (beruflich verwertbare) Qualifikations- und Weiterbildungsmöglichkeiten – der Anschluss an den individualistisch-liberalen Diskurs über Engagement ist offensichtlich (vgl. z.B. Heinze 1998, S. 164 ff.).

Auf institutioneller Ebene wird diese Vorstellung derzeit vor allem durch das Modell der „Freiwilligenagenturen“ repräsentiert, das individuelle Erfahrungen, Aspirationen und Lebenssituationen mit den Strukturen und Arbeitsinhalten von Organisationen abzustimmen sucht, um Voraussetzungen für das „passende“ Engagement zu schaffen. Sosehr dieses Modell gegenwärtig die politische Aufmerksamkeit auf sich zieht, so wenig ist bislang aber empirisch ausgemacht, ob sich überhaupt ein grundlegender Wandel vom „alten“ zum „neuen Ehrenamt“ vollzogen hat. So weist z.B. von Rosenblatt (2000, S. 14) in der vom BMFSFJ initiierten Studie darauf hin, dass es in den vier Bereichen, in denen die höchsten Quoten bürgerschaftlichen Engagements erreicht werden – Sport und Bewegung (22%), Freizeit und Geselligkeit (11%), Kultur und Musik (10%), Schule und Kindergarten (12%) –, darum geht, „Gemeinschaftsaktivität im persönlichen Lebensumfeld zu organisieren“ (vgl. Tabelle 2). Erst mit weitem Abstand folgen der politische oder soziale Bereich, die „in der Debatte um einen Strukturwandel des Ehrenamts – vom 'alten' zum 'neuen Ehrenamt' – stärker im Vordergrund stehen“ (von Rosenblatt/Picot 1999, S. 12).

Auf der Grundlage derartig allgemeiner Befunde erscheint zwar auch diese These empirisch kaum haltbar, da z.B. der Vorsitzende eines Sportvereins seine

Table 2: Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, differenziert nach Bereichen

Bereiche bürgerschaftlichen Engagements	A %	B %
Sport und Bewegung	11	22
Freizeit und Geselligkeit	6	11
Kultur und Musik	5	10
Schule/Kindergarten	6	12
sozialer Bereich	4	8
kirchlicher/religiöser Bereich	5	11
berufliche Interessenvertretung	2	5
Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz	2	3
Politik/politische Interessenvertretung	3	5
außerschulische Jugendarbeit, Bildungsarbeit für Erwachsene	2	3
Rettungsdienste/Freiwillige Feuerwehr	2	4
Gesundheitsbereich	1	2
Justiz/Kriminalitätsprobleme	1	2
sonstige bürgerschaftliche Aktivität am Wohnort	1	2

A % = engagierte Personen im jeweiligen Bereich bezogen auf die Bevölkerung ab 14 Jahre;

B % = engagierte Personen im jeweiligen Bereich bezogen auf alle engagierten Personen.

Prozentwerte (von Rosenblatt/Picot 1999, S. 13; von Rosenblatt 2000, S. 16).

Aufgabe als „klassisches Ehrenamt“ wahrnehmen kann, während weibliche Mitglieder ihr Engagement in einer Frauensportgruppe als „Selbsthilfe“ zur Bearbeitung exklusiver Probleme begreifen. Gleichwohl werfen die Ergebnisse eine grundsätzliche Frage auf: Sollte man sich in erster Linie auf das konzentrieren, was sich im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements verändert,¹² oder auf das, was trotz aller strukturellen Veränderungen in der Gesellschaft auf eine hohe Konstanz verweist? Wenn Einseitigkeiten in der aktuellen Debatte vermieden und „Altes“ und „Neues“ nicht durch vorschnelle theoretische, politische oder auch ideologische Vorentscheidungen gegeneinander ausgespielt werden sollen, dann sind „Brücken zu schlagen, d.h. alte und neue Formen gemeinsam und nicht gegeneinander zur Sprache zu bringen“ (Roth 2000, S. 32). In diesem Sinne sollte auch ein Leitbegriff für die aktuelle Debatte, zu dem vorerst der Terminus „bürgerschaftliches Engagement“ aufgestiegen ist, fähig sein, altbekannte und neue Formen sozialen und politischen Engagements zu integrieren. Er müsste den Schöfften ebenso einschließen wie den Greenpeace-Aktivistinnen und sollte den „alten Ehren-

12 Dies gilt nach den Ergebnissen von Blanke/Schridde (1999) vor allem für die sozialen Felder Kinder, Alte oder Behinderte sowie den Umweltschutz und die Erwachsenenbildung, so dass sie zu Recht fragen: „Wenn allseits konstatiert wird, dass das traditionelle Ehrenamt zugunsten neuer, diskontinuierlicher und unverbindlicherer Formen bürgerschaftlichen Engagements schwindet, dann stellt sich womöglich weniger die Frage, ob das Niveau ehrenamtlichen Engagements in sozialen Aufgabenfeldern gesteigert werden kann, sondern wie sich insgesamt der Leistungserstellungsprozess in diesen Feldern unter dem Gesichtspunkt einer ‚gemischten Wohlfahrtsproduktion‘ reorganisieren lässt“ (Blanke/Schridde 1999, S. 27).

amtlichen“, der aus religiöser Überzeugung zu lebenslanger Mitarbeit in der Kirchengemeinde motiviert ist, genauso einbeziehen wie den „neuen Ehrenamtlichen“, der im Streben nach Selbstverwirklichung flexible Übergänge zwischen neuartigen Projekten sucht.

VII. Fazit und Ausblick

Die gegenwärtige Popularität bürgerschaftlichen Engagements hat einen engen Zusammenhang mit der Annahme, dass vor allem Staat und Markt, aber auch die traditionellen Institutionen der informellen Sphäre (Familie, Nachbarschaft, Lebensgemeinschaften) nicht mehr imstande sind, die Integration der Gesellschaft zu gewährleisten. Bürgerschaftliches Engagement gewinnt demnach in einer Zeit an politischer und wissenschaftlicher Bedeutung, in der dem politisch-administrativen System eine tiefe Legitimationskrise und Effektivitätsprobleme attestiert werden; in der die staatlich regulierten sozialen Sicherungssysteme als nicht mehr finanzierbar gelten und damit der sozialstaatlichen „Zähmung des Kapitalismus“, der „alle Fesseln des Wohlfahrtsstaats“ abstreife, ihr Ende bescheinigt wird (Münch 1998, S. 10); in der strukturelle Massenarbeitslosigkeit die soziale Exklusion der „Überflüssigen“ zu festigen scheint (Bude 1998), während „Konkurrenz zum zentralen Motor von Desintegration und damit der Auflösung des Sozialen“ erklärt wird (Heitmeyer 1997b, S. 11); und in der der informellen Sphäre ihre Bedeutung als Reproduktions- und Vermittlungsinstanz eines angeblich unentbehrlichen Grundkonsenses an gesellschaftlichen Werten und einer „universalistischen Minimalmoral“ abgesprochen wird (vgl. dazu Friedrichs/Jagodzinski 1999a). Offenbar begründen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert Krisenszenarien die Wiederentdeckung des engagierten Bürgers.

Folgt man dieser Einschätzung, dann versteckt sich hinter der offiziellen Begeisterung für bürgerschaftliches Engagement in erster Linie die Suche nach einem Verschiebepunkt für scheinbar unlösbare Probleme, auf die in zweifacher Hinsicht reagiert wird: Zum einen mit symbolischer Politik, indem auf unzähligen Tagungen pathetische Deklarationen zur „neuen Bürgerkultur“ das „Internationale Jahr der Freiwilligen“ (2001) einleiten, eine Enquete-Kommission ohne politische Verbindlichkeit eingesetzt wird, oder angekündigte Aktionsprogramme bestenfalls in breit angelegten Werbekampagnen münden („Danke den Ehrenamtlichen im Sport“; „Was ich kann, ist unbezahlbar“ etc.). Zum anderen werden den Bürgern in karitativ-sozialen und gemeinwohlorientierten Handlungsfeldern Beteiligungsangebote unterbreitet, die nicht nur zur finanziellen Entlastung des Staatshaushalts beitragen, sondern auch unumgänglich erscheinen, wenn im Zuge der Wehrdienstreform die kostengünstigen Zivildienstleistenden wegfallen. Demgegenüber scheinen weitreichende institutionelle Reformen zur Stärkung einer „aktiven Bürgerschaft“ bislang kaum ernsthaft erwogen zu werden, so dass „kommunale Bürger-

beteiligung häufig als Demokratisierung der Machtlosigkeit erfahren [wird], die auf Dauer die Bereitschaft zum Engagement enttäuschen muß“ (Roth 2000, S. 40).

Bei einem derart „funktionalisierten“ bürgerschaftlichen Engagement werden Staat und Verwaltung ihre Initiativ-, Steuerungs- und Kontrollkompetenz behaupten, wenn nicht sogar ausbauen können, „da ihnen in zentralen Politikfeldern nicht mehr mächtige korporative Akteure, wie zum Beispiel die Wohlfahrtsverbände, gegenüberstehen, sondern BürgerInnen direkt oder vermittelt über quasi-staatliche Stellen, wie etwa Landes- und Bundesnetzwerke oder Freiwilligenzentralen, die mit der Verwaltung verhandeln“ (Zimmer/Nährlich 2000b, S. 15). Für dieses Zukunftsszenario gibt es durchaus empirische Hinweise. So werden z.B. in den für die Kommunalverwaltung entwickelten Reformplänen „Bürgerengagement – Chance für Kommunen“ die Tätigkeiten in Verbänden und Vereinen weitgehend ausgeblendet, während der einzelne Bürger in seinen sozialen Netzwerken als Bezugspunkt für die administrative Engagementförderung gilt (vgl. KGSt 1999).

Allerdings ist auch nicht auszuschließen, dass die laufende Debatte eine Eigendynamik gewinnt und die prinzipielle Frage nach der „Demokratie als Partizipationsgemeinschaft“ sichtbar in den Vordergrund rückt. Für die Niederlande und Dänemark hat Naschold (1996, S. 299) bereits vor einigen Jahren die „Anwender-Demokratie“ als „einen bedeutsamen Trend des Übertragens staatlicher Aufgaben an die Gesellschaft beziehungsweise der Rückeroberung solcher Aufgaben durch die Gesellschaft“ beschrieben. Auch in Deutschland werden in der laufenden Diskussion über die „Bürgergesellschaft“ und den „aktivierenden Staat“ mehr und mehr solche Akzente gesetzt: Institutionell geförderte Bürgerbeteiligung und Öffnung staatlicher Einrichtungen, Stärkung der Subsidiarität und kleiner Lebenskreise, Wiederbelebung politischer und sozialer Nahräume, Dezentralisierung großer Sozialsysteme und Kommunalisierung politischer Aufgaben lauten die Stichworte (vgl. z.B. Roth 2000; Schmitz 2000). Eine grundsätzliche Neubewertung der „aktiven Bürgerschaft“ würde Staat und Verwaltung zwingen, gewohnte Positionen zu überdenken und ggf. auch aufzugeben. „Warum eigentlich“, fragten Blanke et al. (1986b, S. 14) schon vor 15 Jahren, „sollte ausgeschlossen sein, daß gegenwärtig einmal mehr, in wenn auch verkehrter oder entfremdeter Form, unter Begründungen, die auf herkömmlichen sozialstaatlichen oder sozialkonservativen Sichtweisen aufbauen, sich Keimformen der Sicherung, Institutionalisierung und Begründung neuer Formen gesellschaftlicher Teilhabe, einer 'post-industrial citizenship' entwickeln?“

Sofern die aktuelle Debatte über das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland nicht ebenso schnell im Sande verläuft wie sie angefangen hat, werden die Interpretationen vermutlich noch längere Zeit zwischen diesen beiden Extremen schwanken: Instrumentalisierung von Bürgern für staatliche Zwecke versus gesellschaftliche Kontrolle staatlichen Handelns durch die Bürger.

Literatur

- Ahrendt, H., 1981: *Vita Activa oder: vom tätigen Leben*, München.
- Almond, G.A. und S. Verba, 1963: *The Civic Culture*, Boston.
- Anheier, H.K., E. Priller, W. Seibel und A. Zimmer (Hrsg.), 1997: *Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisation zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel*, Berlin.
- Badura, B. und C. von Ferber (Hrsg.), 1981: *Selbsthilfe und Selbstorganisation im Gesundheitswesen*, München/Wien.
- Barber, B., 1994: *Starke Demokratie*, Hamburg.
- Barthélemy, M., 2000: *Associations: un nouvel âge de la participation?*, Paris.
- Bauer, R., 1997: Zivilgesellschaftliche Gestaltung in der Bundesrepublik: Möglichkeiten und Grenzen? Skeptische Anmerkungen aus der Sicht der Nonprofit-Forschung, in: K.M. Schmals und H. Heinelt (Hrsg.), *Zivile Gesellschaft. Entwicklung, Defizite, Potentiale*, Opladen, S. 133-153.
- Beck, U., 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a.M.
- Beck, U., 1997: Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen, in: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen (Teil III)*, Bonn, S. 146-168.
- Beck, U., 1999: *Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft*, Frankfurt a.M./New York.
- Behr, K., R. Liebig und T. Rauschenbach, 2000: *Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozeß*, Weinheim/München.
- Benholdt-Thomsen, V., M. Mies und C. Werlhof, 1983: *Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit*, Zürich.
- Blanke, B. et al. (Hrsg.), 1998: *Handbuch zur Verwaltungsreform*, Opladen.
- Blanke, B. und S. von Bandemer, 1994: *Leitbild Neuer Staat*. Hannover.
- Blanke, B., A. Evers und H. Wollmann (Hrsg.), 1986a: *Die Zweite Stadt. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik (Sonderheft 7 des Leviathan)*, Opladen.
- Blanke, B., A. Evers und H. Wollmann (Hrsg.), 1986b: *Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik*, in: B. Blanke, A. Evers und H. Wollmann (Hrsg.), *Die Zweite Stadt. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik (Sonderheft 7 des Leviathan)*, Opladen, S. 7-14.
- Blanke, B. und H. Schridde, 1999: *Bürgerengagement und Aktivierender Staat. Expertise im Rahmen des Sozialpolitischen Qualitätsmanagements* (hrsg. vom Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales), Hannover (www.soz.uni-hannover.de/ipol/aspp/htm).
- Blanke, K., M. Ehling und N. Schwarz, 1996: *Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung*, Stuttgart/Berlin/Köln.
- Bourdieu, P., 1983: *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*, in: R. Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten (Sonderband 2 der Sozialen Welt)*, Göttingen, S. 183-198.
- Braun, S., 1999: *Elitenrekrutierung in Frankreich und Deutschland*, Köln.
- Bude, H., 1998: *Die Überflüssigen als transversale Kategorie*, in: P.A. Berger und M. Vester (Hrsg.), *Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen*, Opladen, S. 363-382.
- Bürsch, M., 2000: *Bürgergesellschaft und aktivierender Staat. Eckpunkte für einen neuen Gesellschaftsvertrag*, in: *Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte* 47, 7/8, S. 452-459.
- Dahrendorf, R., 1983: *Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht*. In: *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*, Frankfurt a.M.
- Dambois, R., 1999: *Der schwierige Abschied vom Normalarbeitsverhältnis*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 37, S. 13-20.
- Dettling, W., 1998: *Bürgergesellschaft. Möglichkeiten, Voraussetzungen und Grenzen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 38, S. 22-28.

- Dumont, L., 1991: *L'idéologie allemande*, Paris.
- Erlinghagen, M., K. Rinne und J. Schwarze, 1997: Ehrenamtliche Tätigkeiten in Deutschland – komplementär oder substitutiv? Analysen mit dem Sozio-oekonomischen Panel 1985 bis 1996. Diskussionspapier Nr. 97-10 der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum.
- Evers, A., 1986: Zwischen Arbeitsamt und Ehrenamt. Unkonventionelle lokale Initiativen im Schnittpunkt von Arbeit und sozialen Diensten, in: Blanke, A. Evers und H. Wollmann (Hrsg.), *Die Zweite Stadt. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik (Sonderheft 7 des Leviathan)*, Opladen, S. 15-50.
- Evers, A., 1996: Das politische Defizit der Wohlfahrtsgesellschaft, in: E. Teufel (Hrsg.), *Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?*, Frankfurt a.M., S. 209-223.
- Evers, A., 1998: Soziales Engagement. Zwischen Selbstverwirklichung und Bürgerpflicht, in: *Transit* 15, S. 186-200.
- Evers, A., 2000: Bürgerschaftliches Engagement und soziale Reformpolitik. Über Verständnis von und Umgang mit einer Form des sozialen Kapitals, in: K.D. Hildemann (Hrsg.), *Abschied vom Versorgungsstaat*, Mülheim a.d. Ruhr, S. 27-38.
- Evers, A. und Th. Olk, 1996: Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs, in: A. Evers und Th. Olk (Hrsg.), *Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*, Opladen, S. 9-60.
- Evers, A. und H. Wintersberger (Hrsg.), 1990: *Shifts in the Welfare Mix. Their Impact on Work, Social Services and Welfare Policies*, Frankfurt a.M.
- Friedrichs, J. und W. Jagodzinski (Hrsg.), 1999a: *Soziale Integration (Sonderband 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie)*, Wiesbaden.
- Friedrichs, J. und W. Jagodzinski, 1999b: *Theorien sozialer Integration*, in: J. Friedrichs und W. Jagodzinski (Hrsg.), *Soziale Integration (Sonderband 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie)*, Wiesbaden, S. 9-43.
- Gaskin, K., J.D. Smith und I. Paulwitz, 1996: *Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern*, Freiburg i.B.
- Gilbert, N. und B. Gilbert, 1989: *The Enabling State. Modern Welfare Capitalism in America*, Oxford.
- Giriani, O. und P.M. Liedtke, 1998²: *Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome*, Hamburg.
- Gretschmann, K., R.G. Heinze und B. Mettelstein, 1984: *Schattenwirtschaft. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte, internationale Erfahrungen*, Göttingen.
- Haller, M., 1999: *Soziologische Theorie im systematisch-kritischen Vergleich*, Opladen.
- Heinze, R.G., 1998: *Die blockierte Gesellschaft. Sozioökonomischer Wandel und die Krise des „Modell Deutschland“*, Opladen.
- Heinze, R.G. und Th. Olk, 1999: Vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement. Trends des begrifflichen und gesellschaftlichen Strukturwandels, in: E. Kistler, H.-H. Noll und E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*, Berlin, S. 77-100.
- Heitmeyer, W., 1994: Das Desintegrations-Theorem, in: W. Heitmeyer (Hrsg.), *Das Gewalt-Dilemma*, Frankfurt a.M., S. 29-69.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.), 1997a: *Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Heitmeyer, W., 1997b: *Einleitung: Auf dem Weg in eine desintegrierte Gesellschaft*, in: W. Heitmeyer (Hrsg.), *Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*, Frankfurt a.M., S. 9-26.

- Hilpert, M., U. Hotopp und E. Kistler, 2000: Schattenwirtschaft, Informelle Ökonomie und Dritter Sektor als Teile eines größeren Ganzen – Zusammenfassung des Workshops und Ansatzpunkte für eine Europäische Forschungsstrategie, in: Bundesministerium für Bildung und Forschung (bmb+f) (Hrsg.), *Informelle Ökonomie, Schattenwirtschaft und Zivilgesellschaft als Herausforderung für die Europäische Sozialforschung*, Bonn, S. 69-112.
- Honneth, A. (Hrsg.), 1995³: *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt a.M.
- Huber, J. (Hrsg.), 1979: *Anders arbeiten – anders wirtschaften. Dual-Wirtschaft: Nicht jede Arbeit muß ein Job sein*, Frankfurt a.M.
- Inglehart, R., 1989: *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt a.M.
- Jakob, G., 2000: Wenn Engagement zur „Arbeit“ wird ... – Zur aktuellen Diskussion um freiwilliges Engagement im Wandel der Arbeitsgesellschaft, in: R.G. Heinze und Th. Olk (Hrsg.), *Bürgerengagement in Deutschland*, Opladen (i.Dr.)
- Kaufmann, F.-X., 1994: Staat und Wohlfahrtsproduktion, in: H.-U. Derlien, U. Gerhardt und F.W. Scharpf (Hrsg.), *Systemrationalität und Partialinteresse*, Baden-Baden, S. 357-380.
- Kaufmann, F.-X., 1997: *Herausforderungen des Sozialstaates*, Frankfurt a.M.
- Kistler, E., H.-H. Noll und E. Priller (Hrsg.), 1999: *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*, Berlin.
- Kistler, E. und S. Schäfer-Walkmann, 1999: *Meßkonzepte der Kräfte zivilgesellschaftlichen Zusammenhalts*, in: E. Kistler, H.-H. Noll und E. Priller (Hrsg.), *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte*, Berlin, S. 21-42.
- Klages, H., 1984: *Wertorientierung im Wandel*, Frankfurt a.M./München.
- Klages, H., 1998: Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 38*, S. 29-38.
- Klages, H. und T. Gensicke, 1998: *Bürgerschaftliches Engagement 1997*, in: H. Meulemann (Hrsg.), *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland*, S. 177-196.
- Klein, A., 1999: *Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge*. Diss. Freie Universität Berlin.
- Klein, A. und R. Schmalz-Bruns (Hrsg.), 1997: *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen*, Baden-Baden.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle Köln (KGSt), 1999: *Bürgerengagement – Chance für Kommunen (KGSt-Bericht 6/1999)*, Köln.
- Lutz, B., 1984: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt a.M.
- Marshall, T.H., 1992: *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, Frankfurt a.M./New York (zuerst: *Social Class and Citizenship*, 1947).
- Meadows, D., 1972: *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart.
- Münch, R., 1998: *Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Münkler, H., 2000: Ehre, Amt und Engagement. Wie kann die knappe Ressource Bürgersinn gesichert werden, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 13, 2*, S. 22-32.
- Mutz, G., 1997: *Zukunft der Arbeit. Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 48-49*, S. 31-40.
- Narr, W.-D. und C. Offe (Hrsg.), 1975: *Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität*, Köln.
- Naschold, F., 1993: *Modernisierung des Staates. Zur Ordnungs- und Innovationspolitik des öffentlichen Sektors*, Berlin.
- Naschold, F., 1996: *Partizipative Demokratie – Erfahrungen mit der Modernisierung kommunaler Verwaltungen*, in: W. Weidenfeld (Hrsg.), *Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts*, Berlin, S. 294-307.

- Offe, C., 1984: „Arbeitsgesellschaft“: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt a.M./New York.
- Offe, C., 1999: „Sozialkapital“. Begriffliche Probleme und Wirkungsweise, in: E. Kistler, H.-H. Noll und E. Priller (Hrsg.), Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte, Berlin, S. 113-120.
- Olk, Th., 1987: Das soziale Ehrenamt, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau Nr. 14, S. 84-101.
- Olk, Th. und H.-U. Otto (Hrsg.), 1985: Der Wohlfahrtsstaat in der Wende. Umriss einer künftigen Sozialarbeit, Weinheim/München.
- Peters, B., 1993: Die Integration moderner Gesellschaften, Frankfurt a.M.
- Priller, E., 1997: Der Dritte Sektor in den neuen Bundesländern: Eine sozial-ökonomische Analyse, in: H.K. Anheier, E. Priller, W. Seibel und A. Zimmer (Hrsg.), Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisation zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel, Berlin, S. 99-122.
- Putnam, R.D., 1993: Making Democracy Work: Civic Traditions, Princeton.
- Putnam, R.D., 1995: Bowling Alone: America's Declining Social Capital, in: Journal of Democracy 6, S. 65-78.
- Putnam, R.D., 1996: Symptome der Krise – Die USA, Europa und Japan im Vergleich, in: W. Weidenfeld (Hrsg.), Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 52-80.
- Rauschenbach, Th., 1999: „Ehrenamt“ – eine Bekannte mit (zu) vielen Unbekannten, in: E. Kistler, H.-H. Noll und E. Priller (Hrsg.), Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte, Berlin, S. 67-76.
- Rawls, J., 1979: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a.M.
- Reichard, C. und H. Wollmann (Hrsg.), 1996: Kommunalverwaltungen im Modernisierungsschub, Basel.
- Reichel, P., 1981: Politische Kultur der Bundesrepublik, Opladen.
- Rifkin, J., 1997: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a.M.
- Rosenblatt, B. von, 1999: Zur Messung des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland – Konfusion oder Konsensbildung?, in: E. Kistler, H.-H. Noll und E. Priller (Hrsg.), Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte, Berlin, S. 399-410.
- Rosenblatt, B. von (Hrsg.), 2000: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, München.
- Rosenblatt, B. von und S. Picot, 1999: Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement, München.
- Roth, R., 2000: Bürgerschaftliches Engagement – Formen, Bedingungen, Perspektiven, in: S. Zimmer und S. Nährlich (Hrsg.), Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen, S. 25-48.
- Roth, R. und D. Rucht (Hrsg.), 1991: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Bonn.
- Sachße, C., 2000: Freiwilligenarbeit und private Wohlfahrtskultur in historischer Perspektive. In: S. Zimmer und S. Nährlich (Hrsg.), Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen, S. 75-88.
- Schmals, K.M. und H. Heinelt (Hrsg.), 1997: Zivile Gesellschaft. Entwicklung, Defizite, Potentiale, Opladen.
- Schmid, G., 1994: Übergänge in die Vollbeschäftigung. Perspektiven einer zukünftigen Arbeitsmarktpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12-13, S. 9-23.
- Schmitz, S.-U., 2000: Homo democraticus. Demokratische Tugenden in der Ideengeschichte, Opladen.

- Schröder, G., 2000: Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, in: Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 47, 4, S. 200-207.
- Schuppert, G.F., 1997: Assoziative Demokratie. Zum Platz des organisierten Menschen in der Demokratietheorie, in: A. Klein und R. Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Baden-Baden, S. 115-152.
- Teufel, E. (Hrsg.), 1996: Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?, Frankfurt a.M.
- Weidenfeld, W. (Hrsg.), 1996: Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin.
- Zimmer, A., 1996: Vereine – Basiselemente der Demokratie, Opladen.
- Zimmer, A., 2000: Bürgerengagement und Bürgergesellschaft in Deutschland, Berlin (Mskr.)
- Zimmer, A. und S. Nährlich (Hrsg.), 2000a: Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen.
- Zimmer, A. und S. Nährlich, 2000b: Zur Standortbestimmung bürgerschaftlichen Engagements, in: A. Zimmer und S. Nährlich (Hrsg.), Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen, S. 9-24.